

## **Niederschrift**

über die Sitzung des Stadtrates - öffentlich -

Datum: 26.09.2018

Ort: Stadtverordnetensaal des Rathauses, Markt 1, 09111 Chemnitz

Zeit: 15:00 Uhr - 18:24 Uhr

Vorsitz: Frau Oberbürgermeisterin Barbara Ludwig

### **Beschlussfähigkeit**

Soll:	61	Stadträtinnen/Stadträte und Oberbürgermeisterin
Ist:	45	Stadträtinnen/Stadträte und Oberbürgermeisterin

### **Anwesenheit**

#### **Entschuldigt**

Frau Christin Furtenbacher	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	persönlich
Herr Hubert Gintschel	Fraktion DIE LINKE	dienstlich
Herr Dr. Roland Katzer	Fraktion AfD	dienstlich
Herr Andreas Lang	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP	dienstlich
Herr Andreas Marschner	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP	persönlich
Herr Detlef Müller	SPD-Fraktion	dienstlich
Herr Toni Rotter	Fraktionsgemeinschaft VOSI/PIRATEN	dienstlich
Herr Prof. Andreas Schmalfuß	fraktionslos	dienstlich
Herr Thomas Sängler	Fraktion AfD	dienstlich
Herr Jörg Vieweg	SPD-Fraktion	dienstlich
Herr Andreas Wolf-Kather	Fraktionsgemeinschaft VOSI/PIRATEN	dienstlich
Frau Petra Zais	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	dienstlich

#### **Verspätetes Erscheinen**

Herr Alexander Dierks	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP	15:26 Uhr; TOP 5; dienstlich
Frau Susanne Schaper	Fraktion DIE LINKE	15:35 Uhr; TOP 6; dienstlich
Herr Kai Tietze	Fraktion DIE LINKE	15:06 Uhr; TOP 4; dienstlich
Herr Joachim Ziems	Ratsfraktion PRO CHEMNITZ	15:36 Uhr; TOP 6; dienstlich

#### **Vorzeitiges Verlassen**

Herr Tino Fritzsche	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP	17:18 Uhr; TOP 7.12; dienstlich
Herr Wolfgang Höhnel	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP	16:40 Uhr; TOP 7.3; sonstiges
Frau Solveig Kempe	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP	17:40 Uhr; TOP 7.14; persönlich
Herr Martin Kohlmann	Ratsfraktion PRO CHEMNITZ	17:30 Uhr; TOP 7.10
Frau Katrin Köhler	fraktionslos	17:55 Uhr; TOP 7.17; sonstiges

**beratend Teilnehmende**

Frau Petra Liebetrau	Behindertenbeauftragte
Herr Miko Runkel	Bürgermeister Dezernat 3
Herr Sven Schulze	Bürgermeister Dezernat 1
Frau Ute Spindler	Kinder- und Jugendbeauftragte
Herr Michael Stötzer	Bürgermeister Dezernat 6

**Sachverständige**

Herr Dirk Behrendt	Betriebsleiter ASR/ESC	zeitweise
Frau Heike Decker	Betriebsleiterin FBB	zeitweise

**Gäste**

Frau Jana Arnold	Bewerberin	zeitweise
Herr Dr. Sven Winter	Bewerber	zeitweise

**Bedienstete der Stadtverwaltung**

Frau Beate Frech-Döring	Abteilungsleiterin Abt. 15.4	
Herr Albert Lonsdorfer	Amtsleiter Amt 30	
Frau Claudia Roschig	Sachbearbeiterin Abt. 15.4	
Herr Tobias Stopat	Abteilungsleiter Abt. 51.1	zeitweise
Frau Katja Uhlemann	Amtsleiterin Amt 15	

**Fraktionsangestellte**

Herr Robert Andres	Ratsfraktion PRO CHEMNITZ
Herr Andreas Felber	Fraktion VOSI/PIRATEN
Herr Eduard Jenke	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP
Herr Stefan Kraatz	SPD-Fraktion
Herr René Mann	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP
Frau Susann Mäder	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Frau Anja Schale	Fraktion DIE LINKE

**Schriftführerin**

Frau Ramona Seidel	Sachbearbeiterin Abt. 15.4
--------------------	----------------------------

- 1 Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungs- und fristgemäße Ladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 

Die Beschlussvorlage B-215/2018 „Ankauf der unbebauten Flurstücke 2303/8, 2303/9 und 2303/10 der Gemarkung Chemnitz für die Realisierung des Neubaus einer 3-zügigen Oberschule sowie die außerplanmäßige Mittelbereitstellung zum Ankauf“ (TOP 7.15) wird vertagt, da aus dem Planungs-, Bau- und Umweltausschuss heraus noch Klärungsbedarf besteht.

Die Tagesordnung ist mit dieser Änderung festgestellt.

3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung des Stadtrates - öffentlich - vom 29.08.2018

---

Es liegt keine Einwendung zur Niederschrift vor. Die Niederschrift gilt somit als genehmigt.

4 Informationen der Oberbürgermeisterin

---

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** stellt unter dem Titel „Gemeinsam handeln“ einen Sieben-Punkte-Plan als erste Konsequenz zu den Ereignissen Ende August und als Ergebnis von Rückmeldungen aus der Bürgerschaft vor. Ziel ist ein gutes, friedliches Miteinander in Chemnitz durch mehr Sicherheit, Dialog und Integration zu erreichen.

1. Sicherheitspartnerschaft für Chemnitz

Stadt und Freistaat sind Partner für die Sicherheit in Chemnitz. Mehr Polizisten und mehr Stadtordnungskräfte werden für mehr Sicherheit und Ordnung in Chemnitz sorgen. Ziel ist es, neben der mobilen Wache und der Videoüberwachung im Stadtzentrum mit mehr Präsenz die Einhaltung unserer Regeln in der gesamten Stadt durchzusetzen. Der Kriminalpräventive Rat und der Bürgerbeirat Sicherheit sind Teil dieser Sicherheitspartnerschaft.

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** dankt den Fraktionen, dass diese vereinbart haben für die Stadtratssitzung im Oktober einen Antrag für eine deutliche Aufstockung des Stadtordnungsdienstes einzubringen. Der Bürgerbeirat, welcher am 01.10.2018 erstmal zusammentrifft soll aus der Perspektive der Bürger die Maßnahmen regelmäßig beurteilen.

2. Dialog als Selbstverständnis

Bürger unterschiedlicher Generationen und politischer Einstellungen überwinden Gräben innerhalb der Stadtgesellschaft, indem sie bei konkreten Projekten ins Gespräch kommen und diese Projekte gemeinsam gestalten. Bei wesentlichen Konzepten und Planungen in der Stadt wird Bürgerbeteiligung Bestandteil des Entscheidungsprozesses sein. Dialog gehört zum Selbstverständnis. Bei allen Formaten, bestehenden und neuen, setzen wir auf mehr Austausch. Die städtischen Einwohnerversammlungen werden im zwölften Jahr ihres Bestehens ab 2019 noch mehr auf Dialog setzen. Über Bürgerplattformen können die Interessen der Stadtteile besser zum Tragen kommen.

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** erklärt, dass es darum geht Kompromisse zu finden und verständlich zu machen, warum welche Entscheidung getroffen wird. Daher werden die Einwohnerversammlungen ab 2019 im Format der stattgefundenen Bürgerdialoge stattfinden.

3. Eine starke internationale Universität

Die Region Chemnitz braucht eine starke, wachsende, internationale Universität. Der Freistaat stellt dafür die notwendigen Mittel bereit. Unsere Forschungseinrichtungen und die exportorientierte Industrie brauchen diese Universitätsentwicklung, um weiter erfolgreich sein zu können. Die Universität ist dafür die prägende Kraft in Lehre, Forschung, Transfer und Weiterbildung.

#### 4. Chemnitz - eine offene Stadt

Wir sind traditionell gute Gastgeber. Lokale Akteure sind schon heute erfolgreiche Veranstalter. Sie sollen dabei weiter unterstützt werden.

Bei einer Reihe von Großveranstaltungen zeigen wir Gästen und Medien, welches Potenzial unsere Stadt hat.

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** erwähnt, dass es gerade zum jetzigen Zeitpunkt Anfragen von Veranstaltern gibt, überregional bedeutsame Veranstaltungen in Chemnitz durchführen zu wollen.

#### 5. Wie wollen wir miteinander leben?

Die Antwort auf die Frage, wie wir in Zukunft miteinander leben wollen, wird im Prozess der Kulturhauptstadtbewerbung in den nächsten Monaten mit den Chemnitzern erstritten und erarbeitet. Wir reden dabei auch darüber, wie Chemnitz wurde, was es heute ist. Mit allen Höhen und Tiefen, Stärken und Schwächen.

#### 6. Rechte und Pflichten der Integration

Viele Integrationsmaßnahmen laufen. Aber noch zu wenig Migranten kommen in Arbeit. Mit dem Recht auf Asyl verbinden wir die Pflicht, einen Beitrag für die Gesellschaft zu leisten. Bund, Land und Kommune stellen die Weichen dafür endlich so, dass alle arbeitsfähigen Migranten befähigt und verbindlich verpflichtet sind, sich in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Wer die Chance hat und sie nicht nutzt, muss mit Sanktionen rechnen.

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** macht deutlich, dass Asylbewerber in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen immer noch die Minderheit der arbeitsfähigen Migranten darstellen. Hier wird sie die Initiative ergreifen und diejenigen an einen Tisch holen, die das ändern können, da sie immer wieder hört, dass die Akzeptanz gegenüber Migranten sehr davon abhängt, ob sich diese einbringen.

#### 7. Demokratie lernen und leben

Demokratie ist nicht selbstverständlich. Demokratie ist ein Aushandlungs- und Lernprozess auf dem Fundament des Grundgesetzes. Wir finden Formate des Austauschs und handeln die Regeln des Gesprächs aus, damit Dialog möglich wird. Projekte und Initiativen, die Demokratiebildung z. B. in Schulen, in der Volkshochschule, im Stadtteil, im Theater, im Museum, beim Sport, im Unternehmen vermitteln, werden verlässlich gefördert. Bund und Land werden neben der Stadt dafür die Ressourcen zur Verfügung stellen.

**Herr Bürgermeister Runkel** informiert zur Sicherheitslage in der Stadt Chemnitz:

Im Zeitraum Mai bis Mitte September 2018 führte der Stadtordnungsdienst 6147 Streifengänge im gesamten Stadtgebiet durch, davon 2480 im Innenstadtbereich. Schwerpunktbereiche, aus Sicht des Stadtordnungsdienstes, bleiben weiterhin die Grünanlagen „Am Wall“, der „Stadthallenvorpark“ sowie der „Johannisplatz“, ein Schwerpunkt in den Abendstunden liegt weiterhin auf der Zentralhaltestelle (Rathausstraße).

Seit einiger Zeit stehen außerdem verstärkt der Park der OdF und Teile des Sonnenbergs unter Bestreifung. Beobachtet werden auch der Auepark und die Schloßteichinsel. Andere Teile der Innenstadt sind keine auffälligen Problempunkte. Ein Fahrzeug des Stadtordnungsdienstes steht weiterhin als „Mobile Wache“ im Umfeld des Roten Turms. Die Streifen im Innenstadtbereich erfolgen regelmäßig gemeinsam mit den Bürgerpolizisten der Polizeireviere.

In den Gemeinschaftsunterkünften der Stadt Chemnitz sind keine besonderen sicherheitsrelevanten Vorkommnisse zu verzeichnen. Monatlich werden durch das Sozialamt ca. 30 Asylbewerber aufgenommen. Die Verträge zur Betreuung der Gemeinschaftsunterkünfte in der Annaberger Straße und Straßburger Straße wurden bis 31.12. 2019 verlängert. Die Häuser sollen auch nach 2019 weiter betrieben werden.

In Chemnitz leben derzeit ca. 61 unbegleitete minderjährige Ausländer in Wohngruppen, bei Pflegefamilien oder bei Angehörigen. Zudem werden noch 34 Volljährige im Rahmen der Jugendhilfe weiterhin betreut und begleitet. Viele der volljährig gewordenen jungen Menschen befinden sich mittlerweile in Ausbildung. Kinder und Jugendlichen haben sich inzwischen sprachlich und schulisch gut integriert. Im Blick auf die Sicherheitslage gibt es aktuell keine außergewöhnlich schwierigen Einzelfälle. Seit März 2018 werden neu ankommende unbegleitete minderjährige Ausländer im Kinderjugendnotdienst vorläufig in Obhut genommen. Seit Mai befinden sich regelmäßig ein bis zwei unbegleitete minderjährige Ausländer im Kinderjugendnotdienst.

Mitte August gab es einen gemeinsamen Termin zwischen Stadtordnungsdienst, Polizeidirektion, Sozialamt und Stadtmission um die gemeinsame Zusammenarbeit zu vertiefen. Mindestens zweimal im Jahr soll künftig eine solche Runde stattfinden.

Während die Veranstaltungen des Parksommers im Juli weitestgehend störungsfrei verliefen, kam es am Rande des Stadtfestes vergangenen Monat zu einer Straftat, bei der ein Mensch zu Tode kam. In der Folge dieses erschütternden Ereignisses kam es in den letzten vier Wochen zu etwa 20 zusätzlichen Versammlungen in der Innenstadt mit tausenden Teilnehmern, vor allem zu Kundgebungen und Aufzügen.

Für die Videoüberwachung im Innenstadtbereich sind 17 Kamerastandorte mit insgesamt 29 Kameras im Außenbereich und zwei im Mobilitätszentrum der CVAG vorgesehen. Am 28.09.2018 erfolgt die Scharfschaltung und es wird davon ausgegangen, dass am 01.10.2018 die Funktionstüchtigkeit vorliegt. Ausnahme sind die noch zu installierenden Kameras an der Galerie Roter Turm, dies erfolgt im Oktober. Bis zur Inbetriebnahme werden die Installation der Beschilderung, die Informationspflichten und die Installation des Bedien- und Auswerteplatzes realisiert. Die Datenschutz-Folgeabschätzung ist erstellt. Die Hinweise des Sächsischen Datenschutzbeauftragten wurden umgesetzt. Das Rechte- und Rollenkonzept ist geregelt für den Live-Stream für die der Stadt zugeordneten Überwachungsflächen, die Archivdaten des kompletten Bildmaterials und den Export von Datenmaterial an die Polizeidirektion und/oder Staatsanwaltschaft zur Verfolgung von Straftaten und an die Bußgeldstelle für Ordnungswidrigkeiten.

---

**5** Fraktionserklärungen aus aktuellem Anlass

---

**Herr Stadtrat Berger (Fraktion DIE LINKE)** erklärt, dass Chemnitz eine weltoffen, lebenswerte und auf die Zukunft ausgerichtete Stadt sei. Dies werde jedoch nicht in den Nachrichten widerspiegelt, da Menschen wie Herr Kohlmann eine durch nichts zu rechtfertigende Straftat mit Todesfolge für ihre braune Suppe missbrauchen. Hier sei mit Angriffen auf ein jüdisches Lokal der Tiefpunkt der Erträglichkeit erreicht. PRO CHEMNITZ sei auch verantwortlich für die Übergriffe am Rothaus und für die selbsternannte und illegale Bürgerwehr und auch dafür, dass die Gastronomen durch die Aufmärsche von PRO CHEMNITZ wirtschaftlich erhebliche Einbußen haben. Er betont, dass die Gegner der Demokratie in Chemnitz nicht das Sagen haben werden.

Im Zusammenhang mit den Ergebnissen der Bürgerumfrage stellt **Herr Berger** fest, dass nicht nur die Frage der Integration oder Rückführung von Migranten die Bürger beschäftige, sondern auch Fragen aus vielen Bereichen des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Deshalb erwarte seine Fraktion, dass die Bürgerdialoge von ihrer Einseitigkeit wegkommen und auch weitere Themen diskutiert werden, die die Stadt in die Zukunft führen sollen und die Menschen bewegen. Der geplante Bürgerbeirat finde prinzipiell die Unterstützung seiner Fraktion, da dieser durch die Zivilgesellschaft dazu beitragen könne, kultur- und respektvolle Diskussionen zu führen.

**Herr Stadtrat Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ)** betont, dass für Vorfälle, die gleichzeitig zu den Veranstaltungen von PRO CHEMNITZ passieren, nicht die Demonstranten verantwortlich seien. Zu den Übergriffen auf das Schalom erklärt er, dass es in Chemnitz zu diesem Zeitpunkt keine rechte Gruppe gab, die keine Polizeibegleitung hatte und es demzufolge andere gewesen sein müssen. Er zitiert Textstellen aus Liedern zum Konzert gegen Gewalt und fragt, wie es möglich sei, dass solch ein Konzert durch die CWE organisiert und bezahlt werde. Er fragt die Oberbürgermeisterin, welche Konsequenzen es habe, dass die Stadt eine Veranstaltung organisiere, auf der schlimmste linksextreme und gewaltverherrlichende Texte geschrien werden. Er kündigt an, dass hierzu noch viele Ratsanfragen gestellt werden.

**Herr Stadtrat Lehmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** führt aus, dass Herr Kohlmann nicht nur ein Rechtspopulist, sondern ein Rechtsradikaler und ein Nazi sei. Er sagt, dass die Pressefreiheit eine Stütze der Demokratie sei, welche Herr Kohlmann augenscheinlich zerstören wolle. Dieser säe Hass und Zwietracht um Gewalt zu ernten und sei ein radikaler Brandstifter, dem der Rechtsstaat endlich harte Zügel anlegen müsse. Herr Lehmann sagt, dass Herr Kohlmann es spätestens seit dem 27.8. moralisch verwirrt habe, sich Chemnitzer zu nennen und fordert ihn auf, sein Stadtratsmandat niederzulegen, da er sein Gelöbnis als Stadtrat gebrochen habe. Chemnitz habe sich in den letzten Jahren gut entwickelt, diese Arbeit habe Herr Kohlmann in wenigen Tagen fast zunichte gemacht.

6 Petitionsvorlage

---

Erhalt des Kleinbusses Linie 79 ab und zum Küchwald

Vorlage: P-008/2018

Einreicher: Herr und Frau Rieder, Frau Storch,  
Frau Kreis aus Chemnitz

---

Herr Stadtrat Tannenhauer (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zeigt seine Befangenheit an und nimmt außerhalb des Sitzungsbereichs Platz.

Zur Vorlage wurde ein Änderungsantrag des Petitionsausschusses ausgereicht.

**Herr Bürgermeister Stötzer** weist darauf hin, dass das Vorliegende nicht dem beschlossenen Nahverkehrsplan entspricht. Ziel dessen war es, dass mit Errichtung eines neuen Haltepunktes der Deutschen Bahn, welcher bis Ende dieses Jahres abgeschlossen sein wird und für welchen die Stadt Chemnitz 662.000 € investiert hat, die Buslinie 79 eingestellt wird. Die Verlängerung der Linie um ein weiteres Jahr würde Kosten in Höhe von 50.000 € in Anspruch nehmen.

**Herr Stadtrat Leistner (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP)** stimmt Herrn Bürgermeister Stötzer zu, dass kein Parallelnahverkehr gewollt war. Beim betroffenen Wohngebiet jedoch sei es so, dass mit der Bahn direkt zum Bahnhof gefahren werden könne, mit der Buslinie aber direkte Ziele wie Klinikum u. ä. erreicht werden können. Seine Fraktion unterstützt den Änderungsantrag des Petitionsausschusses, bei welchem der Zeitraum von einem weiteren Jahr eine gute Kompromisslösung sei.

**Herr Stadtrat Schinkitz (Fraktion DIE LINKE)** erinnert, dass sich der Stadtrat wiederholt mit den Bürgeranliegen zur Buslinie 76 bzw. 79 beschäftigt habe. Er betont, dass diese Linien nicht getrennt vom Haltepunkt der Bahn am Küchwald betrachtet werden dürfen. Dieser Haltepunkt diene aber der schnellen Direktverbindung in die Innenstadt. Die Linie 79 hingegen dient den täglichen Versorgungswegen. Aus diesem Grund wird auch seine Fraktion dem Änderungsantrag zustimmen und sieht dies als Auftrag an die CVAG zu prüfen, wie im Rahmen der aktuellen Betrauungsvereinbarung ohne zusätzliche Mittel die Erschließung des Küchwalds auch über dieses verlängerte Jahr erhalten bleiben kann.

**Herr Stadtrat Herrmann (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)** fragt, wie sich der Änderungsantrag bezüglich anderer ähnlich gelagerter Probleme z. B. Reichenhain, Euba, Grüna/Mittelbach usw. stellt. All diese wären dann ebenfalls zu untersuchen, um es weiterhin gerecht im Nahverkehrsplan zugehen zu lassen.

Abstimmung über den Änderungsantrag

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich bestätigt**  
**(39 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen,**  
**2 Stimmenthaltungen)**

*Über die Petitionsvorlage erfolgt aufgrund der Zustimmung zum Änderungsantrag keine Abstimmung.*

**Beschluss P-008/2018**

Der Stadtrat beschließt, der Petition teilweise abzuweichen und

entgegen dem Nahverkehrsplan die Linie 79 noch ein weiteres Jahr zu erhalten,

den weiteren Betrieb zu prüfen,

die Veränderung der Taktzeiten entsprechend den Bedürfnissen der Bürger (2 x vormittags, 2 x nachmittags) zu prüfen und

die Veränderung der Linienführung unter Einbindung des Klinikums zu prüfen.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt  
(39 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen,  
2 Stimmenthaltungen)**

---

7 Beschlussvorlagen

---

- 7.1 Wahl der/des Beigeordneten für das Dezernat 5 - Bildung, Jugend, Soziales, Kultur und Sport -  
Vorlage: B-218/2018 Einreicher: Oberbürgermeisterin/Amt 15
- 

Herr Stadtrat Burghart und Herr Stadtrat Ulbrich zeigen als Bewerber ihre Befangenheit an und nehmen außerhalb des Sitzungsbereiches Platz.

Zur Vorlage wurde eine Änderung der Verwaltung ausgereicht.

Wie im Verwaltungs- und Finanzausschuss beschlossen, stellen sich einzeln nacheinander die Bewerberin Frau Arnold sowie die Bewerber Herr Burghart und Herr Dr. Winter vor und beantworten Fragen von Stadtratsmitgliedern.

Da mehr Bewerbungen vorliegen, als Plätze zu besetzen sind, findet geheime Wahl statt.

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** erläutert den Stimmzettel.

Als Wahlkommission werden Herr Kraatz, Herr Mann und Frau Rau sowie als Schriftführerin Frau Müller von der Geschäftsstelle des Stadtrates bestätigt.

**- Wahlhandlung -**

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** gibt das Wahlergebnis bekannt.

anwesende Stimmberechtigte: 50  
abgegebene Stimmen: 48

davon

gültige Stimmen 46  
ungültige Stimmen 1  
Stimmenthaltungen 1



Von den gültigen Stimmen entfielen auf

Frau Arnold	3 Stimmen
Herrn Burghart	39 Stimmen
Herrn Rochold	3 Stimmen
Herrn Ulbrich	1 Stimme

*Auf weitere Bewerber entfielen keine Stimmen.*

Herr Burghart hat die erforderliche Mehrheit erreicht und ist somit gewählt.

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** erteilt ihr Einvernehmen zur Wahl und Herr Burghart nimmt die Wahl an.

**Beschluss B-218/2018**

Der Stadtrat wählt Herrn Ralph Burghart zum Beigeordneten für das Dezernat 5 ab dem frühestmöglichen Zeitpunkt für die Dauer von sieben Jahren mit der Amtsbezeichnung Bürgermeister.

7.2      Stellvertretungsregelung der Oberbürgermeisterin  
Vorlage: B-231/2018                      Einreicher: Oberbürgermeisterin/Amt 15

---

Es besteht kein Handlungsbedarf.

**Beschluss B-231/2018**

Der Stadtrat beschließt für den Fall der Verhinderung der Oberbürgermeisterin folgende Stellvertreterregelung:

Bürgermeister Dezernat 3	1. Stellvertreter
Bürgermeister Dezernat 1	2. Stellvertreter
Bürgermeister Dezernat 6	3. Stellvertreter
Bürgermeister Dezernat 5	4. Stellvertreter/in

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt  
(41 Ja-Stimmen)**

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** erteilt ihr Einvernehmen zum Beschluss.

7.3      9. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Chemnitz über die Entschädigung  
der Stadtratsmitglieder und der sonstigen ehrenamtlich tätigen Bürger  
Vorlage: B-210/2018                      Einreicher: Oberbürgermeisterin/Amt 15

---

Es besteht kein Handlungsbedarf.

**Beschluss B-210/2018**

Der Stadtrat beschließt die 9. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Chemnitz über die Entschädigung der Stadtratsmitglieder und der sonstigen ehrenamtlich tätigen Bürger entsprechend Anlage 1 der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt  
(44 Ja-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen)**

- 7.4 Überplanmäßige Mittelbereitstellung für den finanziellen Mehrbedarf der Baumaßnahme "Komplettsanierung der Kindertageseinrichtung Sonnenstraße 42"  
Vorlage: B-235/2018 Einreicher: Dezernat 5/Amt 51
- 

**Herr Stadtrat Dr. Haentjens (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP)** erklärt, dass seine Fraktion der Vorlage zustimmen wird. Die lange Bearbeitungsdauer von Fördermittelanträgen sei jedoch kritikwürdig, wobei die Ursachen offensichtlich im Zusammenwirken zwischen SIB und SAB liegen. Dadurch müsse die Absicherung der Maßnahme zunächst durch die Stadt Chemnitz erfolgen. Er bittet daher zu prüfen, inwieweit der Freistaat Sachsen hier eine Verantwortung an dem sehr verzögerten Genehmigungsverfahren trägt. Für zukünftige Fälle wird darum gebeten, solche Anträge zügig zu bearbeiten. Abschließend begrüßt er das Vorhaben einer Kochküche in der Einrichtung.

**Beschluss B-235/2018**

Der Stadtrat beschließt die überplanmäßige Mittelbereitstellung in Höhe von 609.350 € im Haushaltsjahr 2018 in den Produktuntergruppen 36510 und 36520 entsprechend Anlage 1 der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt  
(45 Ja-Stimmen)**

- 7.5 Feststellung des Jahresabschlusses 2017 des Entsorgungsbetriebes der Stadt Chemnitz  
Vorlage: B-173/2018 Einreicher: Dezernat 1/ESC
- 

Es besteht kein Handlungsbedarf.

**Beschluss B-173/2018**

Der Stadtrat der Stadt Chemnitz beschließt:

1. die Feststellung des von der Göken, Pollak und Partner Treuhandgesellschaft mbH (Prüfbericht vom 9. März 2018) und vom Rechnungsprüfungsamt der Stadt Chemnitz (Bericht-Nr. 20180034) geprüften Jahresabschlusses 2017 des Entsorgungsbetriebes der Stadt Chemnitz

1.1 Bilanzsumme 349.264.235,69 €

1.1.1 davon entfallen auf der Aktivseite auf:

- das Anlagevermögen	339.331.717,34 €
- das Umlaufvermögen	9.932.292,02 €
- aktive Rechnungsabgrenzung	226,33 €

1.1.2 davon entfallen auf der Passivseite auf:

- das Eigenkapital	113.812.113,02 €
- die Sonderposten mit Rücklageanteil	49.157.004,00 €
- die Zuschüsse Dritter	592.427,91 €
- sonstige Rückstellungen	22.469.442,53 €
- die Verbindlichkeiten	163.233.156,23 €
- passiver Rechnungsabgrenzungsposten	92,00 €

1.2	Jahresergebnis	11.691.984,34 €
1.2.1	Summe der Erträge	30.372.048,72 €
1.2.2	Summe der Aufwendungen	18.680.064,38 €
2.	die Behandlung des Jahresergebnisses in Höhe von	11.691.984,34 €
	a) zur Einstellung in Rücklagen	9.711.646,55 €
	b) zur Abführung an den Haushalt der Stadt Chemnitz in Höhe von	1.887.790,49 €
	c) zur Einstellung in die anderen Gewinnrücklagen in Höhe von	92.547,30 €
3.	die Entlastung der Betriebsleitung des Entsorgungsbetriebes der Stadt Chemnitz	
4.	die Aufhebung des Beschlusses B-155/2017 vom 20.09.2017 im Punkt 4 (Umgliederung der verwendeten zweckgebundenen Rücklage Finanzierungsrücklage) in die allgemeine Rücklage)	

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt  
(45 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen,  
1 Stimmenthaltung)**

- 7.6 Feststellung des Jahresabschlusses 2017 des Abfallentsorgungs- und Stadtreinigungsbetriebes der Stadt Chemnitz  
Vorlage: B-174/2018 Einreicher: Dezernat 1/ASR
- 

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

### **Beschluss B-174/2018**

Der Stadtrat der Stadt Chemnitz beschließt:

1. die Feststellung des von der Göken, Pollak und Partner Treuhandgesellschaft mbH (Prüfbericht vom 29. März 2018) und vom Rechnungsprüfungsamt der Stadt Chemnitz (Bericht zum Auftrag Nr. 20180060) geprüften Jahresabschlusses 2017 des Abfallentsorgungs- und Stadtreinigungsbetriebes der Stadt Chemnitz mit:
 

1.1	Bilanzsumme	32.075.901,84 €
1.1.1	davon entfallen auf der Aktivseite auf:	
	- das Anlagevermögen	11.321.317,12 €
	- das Umlaufvermögen	20.717.831,91 €
	- aktive Rechnungsabgrenzung	36.752,81 €
1.1.2	davon entfallen auf der Passivseite auf:	
	- das Eigenkapital	13.050.602,11 €
	- die Rückstellungen	16.046.692,62 €
	- die Verbindlichkeiten	2.978.607,11 €

1.2	Jahresergebnis	423.754,09 €
1.2.1	Summe der Erträge	36.316.748,24 €
1.2.3	Summe der Aufwendungen	35.892.994,15 €
2.	Verwendung des Jahresergebnisses 2017:	
2.1	Jahresergebnis 2017	423.754,09 €
2.2	Entnahme aus Gewinnrücklage (BilMoG)	136.005,21 €
2.3	Bruttosumme	<u>559.759,30 €</u>
2.4	abzüglich Kapitalertragsteuer und Solidaritätszuschlag für BgA Wertstoffe	<u>-11.223,08 €</u>
2.5	Nettoabführung an den Haushalt der Stadt Chemnitz	<u>548.536,22 €</u>
3.	die Entlastung der Betriebsleitung des Abfallentsorgungs- und Stadtreinigungsbetriebes der Stadt Chemnitz	

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt  
(47 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)**

- 7.7 Feststellung des Jahresabschlusses 2017 des Friedhofs- und Bestattungsbetriebes der Stadt Chemnitz  
Vorlage: B-188/2018 Einreicher: FBB/Dezernat 1
- 

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

**Beschluss B-188/2018**

Der Stadtrat der Stadt Chemnitz beschließt:

1. die Feststellung des von der Falk Slomiany & Kollegen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (Prüfbericht vom 5. April 2018) und vom Rechnungsprüfungsamt der Stadt Chemnitz (Bericht-Nr. 20180062 vom 16.07.2018) geprüften Jahresabschlusses 2017 des Friedhofs- und Bestattungsbetriebes der Stadt Chemnitz,
  - 1.1. Bilanzsumme 12.316.563,03 €
    - 1.1.1 davon entfallen auf der Aktivseite auf:
      - das Anlagevermögen 11.018.932,00 €
      - das Umlaufvermögen 1.297.631,03 €
    - 1.1.2 davon entfallen auf der Passivseite auf
      - das Eigenkapital 3.528.990,96 €
      - die Sonderposten für Investitionszuschüsse 3.419.719,64 €
      - die Rückstellungen 852.693,36 €
      - die Verbindlichkeiten 4.515.159,07 €

1.2	Jahresgewinn	200.939,52 €
1.2.1	Summe der Erträge	4.910.849,76 €
1.2.2	Summe der Aufwendungen	4.709.910,24 €
2.	die Verwendung des Jahresgewinnes/Behandlung des Jahresverlustes	
2.1.	bei einem Jahresgewinn in Höhe von	<b>200.939,52 €</b>
	a)	zur Einstellung in die zweckgebundenen Rücklagen 195.020.71 €
	b)	Zuführung zur Gebührenausgleichsrückstellung im hoheitlichen Bereich entsprechend der anteiligen Tilgung steuerlicher Verluste der Vorjahre in den Betrieben gewerblicher Art Krematorium und Kommunales Bestattungshaus 5.918,81 €
3.	die Entlastung der Betriebsleitung des Friedhofs- und Bestattungsbetriebes der Stadt Chemnitz.	

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt  
(47 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)**

- 7.8 Bestellung eines Wirtschaftsprüfers für die Pflichtprüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2018 des Friedhofs- und Bestattungsbetriebes der Stadt Chemnitz  
Vorlage: B-245/2018 Einreicher: Dezernat 1/FBB
- 

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

**Beschluss B-245/2018**

Der Stadtrat beschließt:

Die Falk Slomiany & Kollegen GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft wird als Abschlussprüfer für die Pflichtprüfung des Jahresabschlusses 2018 des Friedhofs- und Bestattungsbetriebes der Stadt Chemnitz und die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung gemäß § 32 i. V. m. § 8 Abs. 2 Nr. 4 der Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Inneren über kommunale Eigenbetriebe im Freistaat Sachsen (Sächsische Eigenbetriebsverordnung - SächsEigBVO) bestellt.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt  
(48 Ja-Stimmen)**

- 7.9 Bestellung eines Wirtschaftsprüfers für die Pflichtprüfung des Jahresabschlusses 2018 des Entsorgungsbetriebes der Stadt Chemnitz und des Abfallentsorgungs- und Stadtreinigungsbetriebes der Stadt Chemnitz  
Vorlage: B-171/2018 Einreicher: Dezernat 1/ESC/ASR
- 

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

### **Beschluss B-171/2018**

Der Stadtrat beschließt:

1. Die Göken, Pollak & Partner Treuhandgesellschaft mbH wird als Abschlussprüfer für die Pflichtprüfung des Jahresabschlusses 2018 des Abfallentsorgungs- und Stadtreinigungsbetriebes der Stadt Chemnitz und die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung gemäß § 32 SächsEigBVO i. V. m. § 8 Abs. 2 Nr. 4 SächsEigBVO bestellt.
2. Die Göken, Pollak & Partner Treuhandgesellschaft mbH wird als Abschlussprüfer für die Pflichtprüfung des Jahresabschlusses 2018 des Entsorgungsbetriebes der Stadt Chemnitz und die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung gemäß § 32 SächsEigBVO i. V. m. § 8 Abs. 2 Nr. 4 SächsEigBVO bestellt.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt  
(46 Ja-Stimmen)**

7.10 Vorschlagsliste für die Wahl der ehrenamtlichen Richter am Verwaltungsgericht  
Vorlage: B-253/2018 Einreicher: Dezernat 1/ Amt 10

---

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** informiert, dass ein Bewerber seine Bewerbung zurückgezogen hat und somit nur noch 190 Personen zur Wahl stehen.

Da von den nunmehr 190 Bewerberinnen und Bewerbern 34 Personen für die Vorschlagsliste ausgewählt werden müssen, findet geheime Wahl statt.

Zur Beschleunigung der umfangreichen Auszählung wird eine Wahlkommission mit neun Personen gebildet. Insofern wird gemäß § 38 Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Chemnitz im § 22 Abs. 4 von der Geschäftsordnung abgewichen. Dazu gibt es keinen Widerspruch.

Für die Wahlkommission werden Herr Kraatz, Herr Mann, Herr Sobeck, Herr Eckart, Frau Beck, Frau Thurner, Frau Seidel, Frau Rau und als Schriftführerin Frau Müller bestimmt.

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** erläutert den Stimmzettel.

Sie schlägt vor, die Wahlen zu diesem Tagesordnungspunkt und zum nachfolgenden TOP 7.11 in einem Wahlgang mit verschiedenfarbigen Stimmzetteln durchzuführen.

Zu diesem Verfahren gibt es keinen Widerspruch.

Somit ruft sie den TOP 7.11 auf, erläutert auch hier das Wahlverfahren und den Stimmzettel und erklärt, dass die soeben berufene Wahlkommission ihre Arbeit aufnimmt.

### **- Wahlhandlung -**

*Die Sitzung wird während der Auszählung der Wahlergebnisse fortgesetzt und die Wahlergebnisse werden durch Frau Oberbürgermeisterin Ludwig nach TOP 10 bekanntgegeben. Aufgrund der besseren Verständlichkeit und Lesbarkeit werden die Wahlergebnisse jedoch unter dem jeweiligen TOP aufgeführt.*

**Wahlergebnis zur Beschlussvorlage B-253/2018**

anwesende Stimmberechtigte: 48  
 abgegebene Stimmen: 48

davon

ausschlaggebende gültige Stimmen: 46  
 ungültige Stimmen: 1  
 Stimmenhaltungen: 1

Von den gültigen Stimmen entfielen in erforderlicher Mehrheit auf folgende Personen, welche somit gewählt sind.

<b>Name (Geburtsname), Vorname</b>	<b>Stimmen</b>
Becherer (Waldera), Heidemarie	36
Becker, Ralf	35
Franke (Janisch), Regina Gabriela	32
Glaesel, Bernd Werner	39
Glumann, Thomas	35
Görres (Morgner), Kathleen	37
Hasler (Junghans), Kerstin	38
Heeg, Rolf Dieter	37
Hofmann (Zaspel), Kerstin	34
Jäger, Sabrina	36
Jentsch (Dietrich), Susanne Barbara	36
Knappe, Romy	38
Koch (Liebers), Uta	38
Koschnicke, Marcus	37
Lustig, Günter	38
Mitschke, Wolfgang Erich	39
Olasz, Andy	38
Pethke (Helbig), Karen Liselotte	35
Pfaff, Uwe	36
Reinknecht, Sylvia	38
Rösch, Martina	40
Sanwald, Sergej	39
Schneider, Christian	37

Seifert (Weber), Dora Regina	37
Sowada, Christin	34
Sowada, Carmen	37
Steinbach, Christian	37
Tanneberger, Claus-Jürgen	37
Vogel (Stangneth), Jana	36
Weber, Bernd Dietmar	38
Weinmann, Christina	38
Wied, Christa Maria	37
Zais, Karl-Friedrich	37
Zeh, Nicole	37

**Beschluss B-253/2018**

Der Stadtrat wählt auf der Grundlage des § 28 VwGO i. V. m. § 39 Abs. 7 SächsGemO folgende Personen zur Aufnahme in die Vorschlagsliste der ehrenamtlichen Richter am Verwaltungsgericht Chemnitz aus.

Becherer, Heidemarie  
 Becker, Ralf  
 Franke, Regina Gabriela  
 Glaesel, Bernd Werner  
 Glumann, Thomas  
 Görres, Kathleen  
 Hasler, Kerstin  
 Heeg, Rolf Dieter  
 Hofmann, Kerstin  
 Jäger, Sabrina  
 Jentsch, Susanne Barbara  
 Knappe, Romy  
 Koch, Uta  
 Koschnicke, Marcus  
 Lustig, Günter  
 Mitschke, Wolfgang Erich  
 Olasz, Andy  
 Pethke, Karen Liselotte  
 Pfaff, Uwe  
 Reinknecht, Sylvia  
 Rösch, Martina  
 Sanwald, Sergej  
 Schneider, Christian  
 Seifert, Dora Regina  
 Sowada, Christin  
 Sowada, Carmen  
 Steinbach, Christian  
 Tanneberger, Claus-Jürgen  
 Vogel, Jana  
 Weber, Bernd Dietmar  
 Weinmann, Christina



Wied, Christa Maria  
Zais, Karl-Friedrich  
Zeh, Nicole

- 7.11 Wahl einer Friedensrichterin für den Schiedsstellenbezirk II der Stadt Chemnitz  
Vorlage: B-146/2018 Einreicher: Dezernat 3/Amt 30
- 

*Die Wahl zu diesem Tagesordnungspunkt erfolgte in einem Wahlgang mit der Wahl unter TOP 7.10 mit verschiedenfarbigen Stimmzetteln.*

**- Wahlhandlung -**

*Die Sitzung wird während der Auszählung der Wahlergebnisse fortgesetzt und die Wahlergebnisse werden durch Frau Oberbürgermeisterin Ludwig nach TOP 10 bekanntgegeben. Aufgrund der besseren Verständlichkeit und Lesbarkeit werden die Wahlergebnisse jedoch unter dem jeweiligen TOP aufgeführt.*

**Wahlergebnis zur Beschlussvorlage B-146/2018**

anwesende Stimmberechtigte: 48  
abgegebene Stimmen: 48

davon

gültige Stimmen	47
ungültige Stimmen	1
Stimmenthaltungen	0

Von den gültigen Stimmen entfielen auf

Frau Schöne	7 Stimmen
Frau Ziegler	40 Stimmen

Frau Ziegler hat die erforderliche Mehrheit erreicht und ist somit gewählt.

**Beschluss B-146/2018**

Der Stadtrat wählt für den Schiedsstellenbezirk II Frau Martina Ziegler als Friedensrichterin.

- 7.12 Aktualisierung der Entwicklungskonzeption für öffentliche Spiel- und Freizeitanlagen der Stadt Chemnitz (Spielplatzkonzeption)  
Vorlage: B-045/2018 Einreicher: Dezernat 6/Amt 67
- 

Zur ursprünglichen Beschlussvorlage wurden Stellungnahmen aller Ortschaftsräte zur Einbeziehung zur Verfügung gestellt. Es wurde je ein Änderungsantrag der Fraktion AfD, der Fraktion DIE LINKE und der Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP ausgereicht. Des Weiteren wurde nach einer umfangreichen Vorberatung in verschiedenen Ausschüssen, Beiräten und allen Ortschaftsräten sowie nach einer umfassenden Bürgerbeteiligung eine aktualisierte Fassung ausgereicht, in welche Ergebnisse der Vorberatungen eingeflossen sind sowie eine Änderung der Verwaltung hierzu.

**Frau Stadträtin Pester (Fraktion DIE LINKE)** erinnert dass die Konzeption aus dem Jahr 2014 vorsah, die Hälfte aller öffentlichen Spiel- und Freizeitanlagen zurückzubauen bzw. an andere Betreiber zu geben. Mit der heutigen Vorlage ist von Erhalt bzw. Erweiterung von Spielplätzen zu lesen, was zum einen der guten finanziellen Situation der Stadt zu verdanken sei, dabei werde aber auch auf den gestiegenen Bedarf durch mehr Kinder eingegangen. Mit dieser Konzeption liegt eine gute Vorlage vor, die vor allem auch zeigt, wie wichtig Bürgerbeteiligung ist. Der Stadtrat habe nunmehr durch die Bereitstellung der entsprechenden finanziellen Mittel dafür zu sorgen, dass die Vorhaben auch umgesetzt werden können. Sie erläutert den Änderungsantrag ihrer Fraktion und weist auf eine redaktionelle Änderung im Beschlusspunkt 3 hin, welcher nunmehr im letzten Satz heißt: „...Bis zur Eröffnung einer Neuanlage soll der Spielplatz ‚Pappelhain‘ erhalten bleiben.“ Zum Änderungsantrag der Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP erklärt sie, dass ihre Fraktion diesem zustimmen wird.

**Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP)** sagt, dass seine Fraktion den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE unterstützen wird. Den Änderungsantrag seiner Fraktion verdeutlicht er anhand praktischer Beispiele.

**Herr Stadtrat Otto (SPD-Fraktion)** bittet zur Änderung der Verwaltung, dass die Berichterstattung in den Ausschüssen anhand von Beratungsvorlagen erfolgt. Zum Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE beantragt er punktweise Abstimmung, da seine Fraktion der Auffassung ist, dass nicht zwingend ein kommunaler Spielplatz geschaffen werden muss, wenn bereits Spielplätze z. B. von Wohnungsgenossenschaften bestehen. Den Änderungsantrag der Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP unterstützt seine Fraktion ebenfalls, wobei hier die Frage sei, ob dieser zwingend benötigt wird, da bereits eine verwaltungsinterne Abstimmung hierzu erfolgt.

**Herr Stadtrat Herrmann (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)** weist darauf hin, dass es für seine Fraktion wichtig sei, im Sinne der Sache und nicht in administrativen Grenzen zu agieren. Dabei sollten für die geforderten kommunalen Spielplätze auch städtische Gesellschaften wie z. B. die GGG mbH einbezogen werden. Er betont, dass die Maßnahmen nun auch bei der Haushaltsplanung Berücksichtigung finden müssen.

**Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP)** verdeutlicht, dass durch organisatorische Strukturen mit wenig Aufwand und Mitteln Lösungen gefunden werden können.

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** informiert, dass der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Punkt 2 wie folgt geändert wird: „Die Stadtverwaltung wird beauftragt, in jedem Stadtteil mindestens einen öffentlich zugänglichen Spielplatz vorzuhalten. ...“

Sie weist darauf hin, dass der Punkt 3 des Änderungsantrages keine Deckungsquelle benötigt, da er nicht mehr in diesem Jahr umgesetzt werden soll.

**Herr Stadtrat Otto (SPD-Fraktion)** zieht aufgrund der Änderung den Antrag auf punktweise Abstimmung zurück.

**Herr Stadtrat Müller (AfD-Fraktion)** beantragt punktweise Abstimmung.

Abstimmung über den geänderten Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE

**Abstimmungsergebnis Punkt 1: einstimmig bestätigt  
(42 Ja-Stimmen)**

**Abstimmungsergebnis Punkt 2: einstimmig bestätigt  
(30 Ja-Stimmen)**

**Abstimmungsergebnis Punkt 3: einstimmig bestätigt  
(42 Ja-Stimmen)**

**Abstimmungsergebnis Punkt 4: einstimmig bestätigt  
(40 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)**

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion AfD

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt  
(2 Ja-Stimmen, 40 Nein-Stimmen,  
1 Stimmenthaltung)**

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt  
(42 Ja-Stimmen)**

**Beschluss B-045/2018**

Der Stadtrat beschließt:

1. nach umfangreicher Gremienbefassung und Bürgerbeteiligung, deren Ergebnisse in die Konzeption eingeflossen sind, die Fortschreibung der Spielplatzkonzeption 2025 gemäß Anlage 3 der Beschlussvorlage.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, in jedem Stadtteil mindestens einen öffentlich zugänglichen Spielplatz vorzuhalten. Gibt es keine geeigneten Potentialflächen im städtischen Eigentum, so wird eine entsprechende Fläche angekauft.“
3. Alle öffentlichen Spiel- und Freizeitanlagen sind inklusiv im Sinne der Veröffentlichung des Arbeitskreises „Spielen in der Stadt“ der Deutschen Gartenamtsleiterkonferenz zu planen.
4. Der Jugendhilfeausschuss sowie der Planungs-, Bau- und Umweltausschuss werden einmal jährlich mit einem Statusbericht über alle Spiel- und Freizeitanlagen informiert. Dieser schließt den Sachstand der Prüfaufträge zu den Standorten ein.
5. Die Umsetzung der Maßnahmen gemäß Punkt 1 und Punkt 2 erfolgt unter dem Vorbehalt der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel.
6. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Spielplatzübersicht auf der städtischen Homepage stets zu aktualisieren. Sollte es zu einer Sperrung eines Spielgerätes oder des Spielplatzes kommen, ist dies innerhalb von zwei Wochen auf der entsprechenden Spielplatzseite mit Angabe des Grundes der Sperrung und einer Zeitangabe, wann mit einem Ersatz/Sanierung zu rechnen ist, zu vermerken.

7. Im Interesse eines reichhaltigen Spiel- und Freizeitangebotes (Spiel- und Bolzplätze) wird die Stadtverwaltung beauftragt die Mehrfachnutzung von Spiel-, Sport- und Freizeitflächen in öffentlicher Hand (bspw. in Schulgeländen) zu prüfen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt  
(42 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)**

- 7.13 Konzept zur Planung, Organisation und Durchführung des Straßenwinterdienstes in der Stadt Chemnitz für die Saison 2018/2019 (Winterdienstkonzept)  
Vorlage: B-155/2018 Einreicher: Dezernat 6/ASR
- 

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

**Beschluss B-155/2018**

Der Stadtrat beschließt das Winterdienstkonzept für die Saison 2018/2019 einschließlich des dazugehörigen Straßenverzeichnisses gemäß Anlage 3, der Betreuungsmatrix gemäß Anlage 4 sowie der Handlungsmatrix des Notfallplanes Winterdienst gemäß Anlage 5 der Beschlussvorlage..

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt  
(37 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen,  
2 Stimmenthaltungen)**

- 7.14 Pflanzenliste der Stadt Chemnitz zur Anwendung in der Bauleitplanung  
Vorlage: B-202/2018 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
- 

Zur Vorlage wurde eine Änderung der Verwaltung ausgereicht.

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

**Beschluss B-202/2018**

Der Stadtrat beschließt die Pflanzenliste zur Anwendung in der Bauleitplanung unter Berücksichtigung anstehender Klimaänderungen, stärkerer Synergien zwischen Fauna und Flora und verbesserter Urbanität mit Ausweitung auf Dach- und Fassadenbegrünung gemäß Anlage 3 der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt  
(41 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)**

- 7.15 Ankauf der unbebauten Flurstücke 2303/8, 2303/9 und 2303/10 der Gemarkung Chemnitz für die Realisierung des Neubaus einer 3-zügigen Oberschule sowie die außerplanmäßige Mittelbereitstellung zum Ankauf  
Vorlage: B-215/2018 Einreicher: Dezernat 6/Amt 23
- 

Die Beschlussvorlage wurde unter TOP 2 zurückgezogen.

- 7.16 4. Baubeschluss für Hochbaumaßnahmen 2018  
Vorlage: B-181/2018 Einreicher: Dezernat 6/SE 17
- 

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

**Beschluss B-181/2018**

Der Stadtrat beschließt die Bauausführung der Maßnahme Neubau Kindertagesstätte Schloßstraße gemäß Anlage 4 der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt  
(42 Ja-Stimmen)**

- 7.17 Satzung über die Veränderungssperre zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 01/08 "An der Aue"  
Vorlage: B-230/2018 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
- 

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

**Beschluss B-230/2018**

Der Stadtrat beschließt die Satzung der Stadt Chemnitz über die Veränderungssperre zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 01/08 „An der Aue“ entsprechend Anlage 1 der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt  
(41 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)**

8 Informationsvorlagen

---

- 8.1 Parkleitsystem  
Vorlage: I-036/2018 Einreicher: Dezernat 6/Amt 66
- 

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

- 8.2 Berichterstattung über die durchgeführten Prüfungen des Rechnungsprüfungsamtes im Zeitraum 01.01.2018 bis 30.06.2018  
Vorlage: I-048/2018 Einreicher: Oberbürgermeisterin/Amt 14
- 

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

- 8.3 Finanzcontrolling per 30.06.2018  
Vorlage: I-055/2018 Einreicher: Dezernat 1/Amt 20
- 

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

9 Beschlussanträge

---

- 9.1 Rettung des "Klapperbrunnens" von Johannes Belz  
Vorlage: BA-039/2018 Einreicher: Ratsfraktion PRO CHEMNITZ
- 

Zum Beschlussantrag wurde eine Stellungnahme der Verwaltung ausgereicht.

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

### **Beschluss BA-039/2018**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, noch im Jahr 2018, spätestens jedoch bis zum Beginn der Bauarbeiten im Zusammenhang der Neugestaltung des Vorplatzes der neuen Zentralbibliothek der TU Chemnitz, jetzt Busbahnhof, den sogenannten „Klapperbrunnen“ des Chemnitzer Bildhauers Johannes Belz zu reparieren und an einem vergleichbar repräsentativen Standort im Stadtzentrum funktionsfähig wieder aufzustellen. Als möglicher Standort soll explizit der kleine Platz an der Theaterstraße in Höhe der Inneren Klosterstraße auf Seiten des Hedwighofes geprüft werden. Zudem soll die Aufstellung auf dem Markt geprüft werden.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt  
(3 Ja-Stimmen, 38 Nein-Stimmen)**

9.2 Verkehrs-konzept Kaßberg/Altendorf  
Vorlage: BA-040/2018 Einreicher: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

---

Zum Beschlussantrag wurde eine Stellungnahme der Verwaltung ausgereicht.

**Herr Stadtrat Tannenhauer (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** bringt den Beschlussantrag ein und erklärt, dass in den Stadtteilen Kaßberg/Altendorf durch den desolaten Zustand der Gehwege, hohe Verkehrsbelastungen und die Parksituation ein Problem im öffentlichen Raum besteht. Die Mobilitätsbedürfnisse von Fußgängern und Radfahrern sind durch den ruhenden Verkehr extrem eingeschränkt aber auch die Autofahrer selbst sind durch fehlende Parkplätze direkt betroffen. Für diese Zustände kann die Stadt nicht allein verantwortlich gemacht werden, es handelt sich hier aber um eine Folge jahrzehntelanger Fehlplanungen in der Verkehrs- und Raumplanung. Die Gestaltung des öffentlichen Raumes muss sich mehr am Menschen als an der Bewältigung von Kfz-Massen orientieren. Mit dem vorliegenden Antrag gehe es nicht darum, die Stadtteile autofrei zu machen, sondern ein ausgewogenes Verhältnis müsse erreicht werden. Aus dem Antrag sollen in einem Konzept konkrete Handlungsfelder abgeleitet werden, was ein erster Schritt sein kann.

**Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktion DIE LINKE)** sagt, dass seine Fraktion den Beschlussantrag nicht unterstützen wird, da es der zweite Schritt vor dem ersten ist. Er stellt fest, dass entgegen dem Deutschlandweiten Trend in Chemnitz der motorisierte Individualverkehr permanent zunimmt. Der Beschlussantrag gehe zwar in die richtige Richtung, greife aber zwei Stadtteile willkürlich heraus. Er beschreibt die Verkehrsprobleme der zwei Stadtteile und meint, dass es konkret zum Brückenersatz Erzberger Straße zu handeln gilt und es hier eine klare Aussage braucht. Das Anliegen des Beschlussantrages müsse am runden Tisch für das gesamte Stadtgebiet entwickelt werden.

**Herr Stadtrat Dr. Haentjens (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP)** stimmt den Ausführungen von Herrn Stadtrat Scherzberg zu. Seine Fraktion wird den Beschlussantrag ablehnen, obwohl die Grundidee von allen mitgetragen wird. Er weist darauf hin, dass eine Lösung für das seit vielen Jahren bestehende Problem einer ganz massiven Kosten- und Personalaufstockung bedarf. Es gibt bereits zahlreiche Facetten, die es wert sind, dass sie dargestellt werden wie z. B. die Frage der Elektromobilität und Carsharing. Er hätte erwartet, dass mit dem Beschlussantrag bereits einige Details aus Arbeitsergebnissen benannt werden. Abschließend stellt er fest, dass die Initiative zum Thema längst besteht.

**Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP)** weist darauf hin, dass die im Beschlussantrag aufgezeigten Probleme gesamtstädtisch sind.

**Herr Stadtrat Tannenhauer (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** stellt klar, dass mit dem Beschlussantrag eine politische Linie vorgegeben werden soll und die vertiefende Detailarbeit der Verwaltung obliegt. Auch konterkariere der Beschlussantrag nicht den Verkehrsentwicklungsplan. Dieser gibt aber keine Antworten auf konkrete Handlungsfelder und Lösungsansätze, dies erfolge im Anschluss durch die Verkehrsplanung und daraus leite sich eine Kostenschätzung ab.

**Herr Stadtrat Herrmann (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)** meint der Antrag mache deutlich, dass es hier um ein weit vernetztes und fachlich fundiertes Verkehrs-Mobilitäts-Verständnis geht. Er sagt, dass die zwei Stadtteile ausgewählt wurden, da sie ähnliche Strukturen haben und die Situation identisch ist. Er denkt, dass exemplarisch begonnen werden müsse und dies dann für weitere Gebiete geöffnet werden müsse. Er bittet darum, erst einmal konzeptionell zu denken und erst dann die Ergebnisse mit möglichen Kosten zu untersetzen.

### **Beschluss BA-040/2018**

1. Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung, ein Verkehrskonzept für die Stadtteile Kaßberg/Altendorf zu erarbeiten. Dabei soll sich auf die folgenden Gebietsgrenzen bezogen werden:

- a. Limbacher Straße/Waldenburger Straße/Michaelstraße im Westen
- b. Limbacher Straße im Norden
- c. Zwickauer Straße im Süden und
- d. Theaterstraße im Osten

Im Bereich der Theaterstraße ist eine entsprechende Fußverkehrsanbindung an die Innenstadt herzustellen.

2. Das Verkehrskonzept soll im Zusammenhang mit der Fortschreibung und inhaltlichen Weiterentwicklung des Verkehrsentwicklungsplanes der Stadt Chemnitz erarbeitet und exemplarisch auf alle ähnlich strukturierten Wohngebiete, bzw. Stadtteile wie bspw. Schloßchemnitz, Sonnenberg und Lutherviertel angewendet werden können.

3. Bei dem zu erarbeitenden Verkehrskonzept soll das o. g. Stadtgebiet ganzheitlich betrachtet werden. Es müssen Lösungen für die Verbesserungen des Fußverkehrs, des Radverkehrs und des ÖPNV, aber auch des so genannten ruhenden MIV erarbeitet werden. Dabei sollen folgende Punkte Berücksichtigung finden:

- a. Herstellung der vollständigen Barrierefreiheit auf allen Gehwegen und den Ausschluss von Behinderungen durch den MIV,
- b. die aus dem Modellprojekt Fußverkehrsstrategie resultierenden Hinweise des Fuss e. V. für den Kaßberg,
- c. Aspekte der Schulwegsicherung,
- d. Darstellung von verkehrsorganisatorischen und Lösungen für den Radverkehr unter Einbezug des bestehenden Radverkehrskonzeptes der Stadt Chemnitz,
- e. Verbesserung des ÖPNV-Angebotes, wobei die vorliegende Machbarkeitsstudie einer Straßenbahnlinie über den Kaßberg berücksichtigt werden soll,
- f. bauliche und verkehrsorganisatorische Lösungen für den fließenden und ruhenden MIV.

4. Der Erarbeitung des Verkehrskonzeptes soll eine fundierte Bestandsaufnahme zugrunde gelegt werden.
5. Das Verkehrskonzept soll die Herstellung einer hohen Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum und die Erhöhung der Verkehrssicherheit nach sich ziehen.
6. Im Ergebnis sollen konkrete Handlungsfelder, die dazugehörige zeitliche Einordnung und finanzielle Untersetzung in Form von Kostenschätzungen nachvollziehbar dargelegt werden. Ferner sollen Empfehlungen für eine zeitliche Einordnung in Jahresscheiben untersetzt mit einer Prioritätenliste aufgestellt werden.
7. Die Stadtverwaltung soll bei der Erarbeitung des Verkehrskonzeptes externen Sachverstand (Planungsbüro) hinzuziehen, der über entsprechende Referenzen zur erfolgreichen Bearbeitung solch komplexer Konzepte verfügt.
8. Der Planungs-, Bau- und Umweltausschuss ist bis Ende des I. Quartals 2019 über den Arbeitsstand bei der Erarbeitung des Konzeptes zu informieren. Bis Ende III. Quartal 2019 ist dem Planungs-, Bau- und Umweltausschuss das Konzept vorzustellen. Die Öffentlichkeit soll in geeigneter Weise am Prozess der Konzepterarbeitung einbezogen werden.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt  
(5 Ja-Stimmen, 32 Nein-Stimmen,  
3 Stimmenthaltungen)**

---

10      **Anfragen der Stadträtinnen und Stadträte**

---

**Frau Stadträtin Pester (Fraktion DIE LINKE)** fragt nach den Ausschlussgründen dafür, dass zum Fest für Toleranz und Demokratie am 3. Oktober keine Parteien zugelassen werden.

Zum Außengelände der Kindertagesstätte Kommelino möchte Sie folgendes wissen:

1. Wann tauscht die Stadt Chemnitz die schadhafte Spielgeräte in der Kita aus und wenn es dafür noch keinen Zeitplan gibt, was sind die Gründe dafür?
2. Gibt es weitere Planungen, den Außenbereich der Kita aufzuwerten, beispielsweise durch die Umnutzung des Hügels?
3. Wann bekommt die Kita entsprechende Spielgeräte für die Krippenkinder (Nestschaukel etc.)
4. Warum erhält die Leiterin der Kita die Prüfprotokolle nicht mehr als Kopie, wird das ebenso in den anderen Kitas in der Stadt so gehandhabt und wenn ja, warum?

**Herr Stadtrat Tillmann (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP)** fragt wie lange die Tiefbauarbeiten an der Blücherstraße noch andauern und ob diese noch vor der Winterperiode fertiggestellt werden.

**Herr Stadtrat Herrmann (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)** fragt nach dem Stand der weiteren Entscheidungen zum RE 6 Chemnitz-Leipzig.



11 Bestimmung von zwei Stadtratsmitgliedern zur Unterzeichnung der Niederschrift der Sitzung des Stadtrates - öffentlich -

---

Zur Unterzeichnung der Niederschrift werden Herr Stadtrat Leistner (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) und Herr Stadtrat Dr. Neubert (Fraktion DIE LINKE) bestätigt.

11.10.2018 *Barbara Ludwig*  
Datum Barbara Ludwig  
Vorsitzende  
des Stadtrates

17.10.2018 *Leistner*  
Datum Leistner  
Mitglied  
des Stadtrates

17.10.2018 *Neubert*  
Datum Dr. Neubert  
Mitglied  
des Stadtrates

11.10.2018 *Seidel*  
Datum Seidel  
Schriftführerin